

## Notlage durch Presseberichte

**WAZ** Duisburg Nord, 15.11.2007, Von Florian Müller, 0 Kommentare, [Trackback-URL](#)

**SPD-Fraktion in der Hamborner Bezirksvertretung wollte über den CDU-Antrag Factory-Outlet-Center auf dem Standort zur Rhein-Ruhr-Halle nicht beschließen, unterlag aber bei der Abstimmung**



Drei Stunden lang fasste gestern die Hamborner Bezirksvertretung einstimmig ihre Beschlüsse, beim Tagesordnungspunkt 30 schieden sich dann aber am Abend die Geister. Mit einer hauchdünnen Mehrheit von 10:8 Stimmen setzte sich die Minderheitsfraktion CDU mit ihrem Antrag durch, dass der Rat der Stadt einen Aufstellungsbeschluss für die Einleitung eines Bebauungsplan-Verfahrens zur Einwicklung eines "Thematischen Einkaufszentrum" auf dem Standort der Rhein-Ruhr-Halle/altes Hamborner Stadtbad (wir berichteten mehrmals) fassen soll.

Die SPD-Fraktion unter der Führung von Heiko Blumenthal zeigte sich bei der Diskussion vor allem darüber verärgert, dass sie aus der Presse den konkreten Antrag entnehmen musste, das Angebot zum interfraktionellen Gespräch vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Marcus Jungbauer erst nach der Veröffentlichung in dieser Zeitung gekommen sei.

"Wir sehen uns nicht in der Lage, heute über den Antrag zu entscheiden. Die Notlage, in der wir uns befinden, ist erst durch die Berichterstattung in der Presse entstanden", so Blumenthal, der weiter klar machte, dass man sich nicht grundsätzlich gegen das Projekt entschieden habe. Bemängelt wurde von der SPD weiter, dass der eigentliche Antrag nur ein paar Zeilen lang sei, die Begründung aber zwei Seiten. Schon in dem Antragstext müsse festgeschrieben werden, dass bei einem Abriss der Rhein-Ruhr-Halle adäquater Ersatz für Schulsport und Vereinsleben geschaffen werden müsse. Sonst drohe der Abriss, der Verkaufserlös aus den Grundstücken Halle und Stadtbad würde aber für anderen Zwecken verwendet.

CDU-Ratsherr Enzweiler stellte fest, dass man mit dem Antrag noch nicht den Abriss der Halle beschließen, die weitergehenden Fragen der SPD nach Verkehrsgutachten oder Flächenbedarf ja in dem Bebauungsplan-Verfahren erörtert werden müssen.

Die SPD scheiterte mit ihrem Vorgehen, den Antrag zunächst nur als 1. Lesung zu beraten und somit nicht dem Rat in der Sitzung am 10. Dezember zur Beschlussfassung zu präsentieren an den Stimmen von Grünen und FDP. Dem eigentlich Antrag verweigerte schließlich die SPD nach teilweise recht persönlich geführter 90-minütiger Debatte ihre Stimme. CDU-Fraktionsvize Axel Gerhard Koch gab sogar eine Ehrenerklärung ab.